

## **DIAKONIE BRAUCHT NÄHE - DIE STEPHANUS-STIFTUNG ALS TAGUNGS- UND BEGEGNUNGSSTÄTTE**

Als 1948 die Sowjetische Militäradministration die Zustimmung gab, die Stiftung als Tagungsort für die Generalsynode der Evangelischen Kirchen in Deutschland vorzusehen, ahnte damals wohl keiner, dass damit der Grundstein für eine jahrzehntelange Tagungs- und Begegnungsarbeit gelegt wurde. Im April 1950 fand dann in der wieder aufgebauten Stiftungskirche die Generalsynode unter dem Thema »Was kann die Kirche für den Frieden tun« (Weißenseer Friedenssynode) statt. Am 18. Mai des gleichen Jahres wurde die Kirche eingeweiht und erhielt den Namen Friedenskirche.

1951 wurde ein Rüstzeitenheim eingerichtet. Einfache Übernachtungen in Drei- und Vierbettzimmern und acht Schlafmöglichkeiten auf dem Pfarrhausboden waren vorhanden. Tagungsräume standen ebenfalls zur Verfügung und die Stiftungsküche übernahm die Versorgung.

Nach dem Zusammenbruch Deutschlands musste man sich neu zurechtfinden, sich auf die biblische Basis besinnen und neuen sozialpolitischen Herausforderungen begegnen. So diente die Arbeit im Rüstzeitenheim vorwiegend dazu, sowohl eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch Mitarbeitende aus anderen diakonischen Einrichtungen und Kirchengemeinden fachlich und biblisch-theologisch weiterzubilden. Aber auch Kirchengemeinden und andere kirchliche und diakonische Gruppen aus der DDR und der BRD trafen sich zu Fachtagungen in der Stiftung. Bis zum 12. August 1961 bestand diese Möglichkeit trotz der schwierigen politischen Situation in Berlin. Mitarbeitende und Gäste, Besucher und Bewohner wurden kontrolliert, sobald sie die Grenze zwischen Berlin und der DDR beziehungsweise zwischen Ostberlin und Westberlin zu passieren suchten. So gehörten Kontrolle, Schikane und Beobachtungen zu den ständigen Begleiterscheinungen unserer Arbeit.

Hinzu kam, dass die Stiftung von »besonderen Nachbarn« umgeben war. In der Pistoriusstraße grenzte an das Grundstück des heutigen Kinder- und Jugendwohnheimes ein Gästehaus der DDR-Regierung. Für linientreue Vertreter des Staates war von dort aus das Gelände der Stiftung bequem einzusehen. Ein weiterer Nachbar war die Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der Parkstraße, wo sich heute das Jugendzentrum »Bunte Kuh« befindet. Etwas weiter oben in der Parkstraße residierte die Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), heute Stephanus-Schule. Daneben war das Wohnhaus von Alexander Schalck-Golodkowski (Devisenbeschaffer der DDR und hochrangiger Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit), das später ebenfalls Gästehaus des Ministerrates wurde. Gegenüber der Stiftung in der Albertinenstraße befand sich die Volkspolizei-Inspektion von Weißensee.

Mit dem 13. August 1961 und dem Mauerbau kam die totale Trennung von Ost und West. Ein Hinüber und Herüber gab es nicht mehr. Erst nach dem ersten Passierscheinabkommen im Jahre 1963 kam es zu Lockerungen. Westdeutsche bzw. Westberliner mit einem westdeutschen Pass durften mit einem Tagespassierschein und nach Zahlung eines »Eintrittsgeldes« - offiziell von der DDR als Mindestumtausch bezeichnet - nach Ostberlin einreisen. Sie mussten allerdings Ostberlin am selben Tag bis spätestens 24 Uhr wieder verlassen.

Für Bürger aus Westberlin und der Bundesrepublik sowie aus anderen westlichen Ländern war der Geldwechsel in der von der DDR festgelegten Höhe ein Zwangsumtausch, weil die meisten Besucher das erworbene Ostgeld nicht verbrauchen konnten. Ein Rücktausch war nicht möglich. So kam dieses Geld häufig in die Kollekte der Stephanus-Stiftung und war eine Hilfe für unsere Arbeit.

Kirchenrat Federlein hatte sehr bald nach dem Mauerbau veranlasst, dass Tagungsräume ausgebaut und Übernachtungs- und Versorgungsmöglichkeiten verbessert wurden, um auch für größere Gruppen gerüstet zu sein. An den Speisesaal ließ er eine Glasveranda anbauen, die dann der sogenannte große Speiseraum mit 104 Essplätzen wurde. Bei Synoden der Evangelischen Kirche oder Tagungen von »Aktion Sühnezeichen«, bei denen sich die Teilnehmerzahlen zwischen 120 und 300 bewegten, reichten diese Plätze allerdings ebenso wenig wie bei gut besuchten Tagungen der Evangelischen Akademie oder bei den Zusammenkünften der Schwestern- und Bruderschaften. In diesen Fällen musste zügig und »in Schichten« gegessen werden.

Die Tagungs- und Begegnungsarbeit wurde vom Staat und den Dienststellen der DDR misstrauisch verfolgt. Sowohl der Rat des Stadtbezirkes Weißensee, der Magistrat von Berlin, die SED-Kreisleitung als auch die Arbeitsgruppe Kirchenfragen bei der SED, der Staatssekretär für Kirchenfragen und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beobachteten die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung mit Misstrauen und Feindschaft. Besonders bekamen wir das 1987 zu spüren, als nach zehn Jahren vergeblicher Bemühungen der Neubau des Hauses 9 endlich angefangen werden sollte. Die Stephanus-Stiftung wollte in dem heutigen »Gottfried-Forck-Haus« Mitarbeiterwohnungen, eine Etage als Ausbildungsstätte für Diakoninnen und Diakone, zwei rollstuhlgerechte Wohnungen, eine Kaffeestube und auch eine Etage für Weiterbildungen einrichten. Bei einem Gespräch mit dem Rat des Stadtbezirkes in unserem Hause wurde mir von dem zuständigen Stellvertreter der Abteilung Inneres, Herrn Behrend, im Beisein von weiteren Mitarbeitern des Rates der Vorwurf gemacht, die Stephanus-Stiftung wolle auf diese Weise lediglich Tagungsräume für Ost-West-Treffen schaffen und dies läge nicht in staatlichem Interesse. Von mir wurde das als Unterstellung zurückgewiesen, weil wir lediglich einen Teil einer Etage für Weiterbildungen benötigten und das entsprechend ausgewiesen hatten; wir aber auch daran gedacht hätten, anderen kirchlich-diakonischen Arbeitsgruppen dort eine Begegnung zu ermöglichen.

Ein weiterer Grund für die Observation der Tagungsarbeit war, dass die Stephanus-Stiftung keine kirchlichen Veranstaltungen anmeldete. Verschiedene Vertreter und Institutionen des Staates versuchten immer wieder mit unterschiedlichen Methoden durchzusetzen, dass Tagungen wie zum Beispiel Aktion Sühnezeichen, Synoden, Brüdertage, Akademietreffen und andere gemäß der »Anmeldeordnung« angekündigt wurden. Es ging ihnen dabei nicht um Fragen der Ordnung und Sicherheit, dass zum Beispiel Feuerwehr und Krankentransport vorsorglich Bescheid bekamen, wenn sich 300 Personen in einem Raum versammelten, sondern lediglich darum, Einfluss zu nehmen auf das, was dort inhaltlich geschehen würde. Die einzige Veranstaltung, die jemals seitens der Stephanus-Stiftung angemeldet wurde, war der Tanzabend in der Jahresfestwoche, der im Freien stattfand. Der damalige Heimleiter, Diakon Joachim König, meldete ihn jedes Jahr unter Beachtung der Vorschriften bei der Volkspolizei an und dokumentierte das in den Akten.

Um eine Vorstellung zu bekommen, wie viele Menschen als Gäste in der Stiftung waren, möchte ich an dieser Stelle einige der Veranstaltungen nennen: Die Hauptversammlung des Diakonischen Werkes, in der alle diakonischen Arbeitsfelder der DDR vertreten waren, tagte meist zweimal jährlich. Monatlich fand mit etwa 40 Teilnehmern die Konferenz der Geschäftsführer der Diakonischen Werke der acht Landeskirchen und der Vertretung der Diakonischen Werke der Freikirchen statt. Etwa 800 Bibelwochen mit jeweils 30 bis 40 Personen wurden bis 1990 durchgeführt. Sie dauerten immer 10 bis 14 Tage. Die Hälfte der Bibelwochenteilnehmer kamen aus Westberlin und Westdeutschland. Regelmäßig nahmen auch Menschen aus den Niederlanden teil. Jährlich fand der Diakonie-Schwes-tern-Tag mit etwa 300 Teilnehmerinnen statt.

Die Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche tagte hier ebenso wie die Synode der Evangelischen Kirche der Union - Ost. Das Diakonische Werk Thüringen traf sich mit Vertretern des Diakonischen Werkes Württembergs, meistens für zwei bis drei Tage und mit 30 bis 40 Personen. Das Diakonische Werk Mecklenburg kam mit Partnern aus Hamburg und Bayern zusammen. Die Evangelische Forschungsakademie war Anfang jeden Jahres in der Stiftung. Die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste tagte hier. Aktion Sühnezeichen führte ihre Jahrestagung mit über 300 jungen Leuten durch.

Häufig gab es auch offizielle Besuche von Persönlichkeiten aus Politik und anderen Bereichen. Das Gästebuch der Stiftung spiegelt das wider. Der Sinn vieler dieser Begegnungen war, mit unseren Möglichkeiten etwas für das Zusammenwachsen von Ost und West zu tun. Darüber hinaus konnten wir dabei auch unsere Arbeit vorstellen. Die persönlichen Begegnungen in der Stiftung haben auf diese Weise wichtige Wege geebnet.

In den nach der Wende zugänglichen Dokumenten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in der DDR liest sich das so:

»Bei Beibehaltung der ursprünglichen Funktion als evangelische Einrichtung zur Betreuung und Pflege von älteren Personen und Kindern wurde der Charakter des Objektes dahingehend geändert, daß es den objektiven Bedingungen der Ev. Kirche in Deutschland angepasst und zu einer Stätte der Begegnung zwischen Ost und West ausgebaut wurde. Dementsprechend dient das Objekt gegenwärtig als Tagungsort nationaler und internationaler evangelischer und freikirchlicher Gremien, als ständige Tagungsstätte verschiedener Organisationen der Ev. Landeskirche Berlin-Brandenburg sowie auf Grundlage von festen Partnerschaftsbeziehungen zwischen Kirchengemeinden und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland/Westberlin beziehungsweise NSW [Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet, Anm. des Autors] und DDR als Ort regelmäßiger Treffs zwischen westlichen Personen und ihren Kontaktpersonen aus der DDR.

Für eine Vielzahl von Kirchengemeinden der DDR ist die Stiftung mitunter der einzige Ort, um diese Partnerschaftsbeziehungen aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Über die Gesamtzahl solcher Treffen liegen keine genauen Angaben vor, wobei wöchentlich ca. 10 bis 12 Treffen keine Seltenheit sind. Darüber hinaus dient die Stiftung im gleichen Umfang und derzeit nicht kontrollierbar, als Anlaufstelle von Einzelpersonen und Personengruppen aus der BRD/Westberlin und der DDR unter Missbrauch des großzügigen grenzüberschreitenden Verkehrs in die Hauptstadt der DDR. Diese Zusammenkünfte dienen der gegnerischen Kontaktpolitik der feindlich negativen politisch-ideologischen Beeinflussung sowie der Korruption von Bürgern der DDR.

Begünstigend durch die unübersichtliche territoriale Lage der Gebäude und Räumlichkeiten sowie des bewußt nachlässigen Kontrollsystems gibt es im Objekt zahlreiche Möglichkeiten zur Durchführung konspirativer Treffs dieser sogenannten Personenkreise. Durch den Charakter und durch die Struktur des Objektes begründet, beschäftigt die Leitung der Stiftung nur solche Personen, die völlig leitungshörig sind und alle Anweisungen vorbehaltlos durchsetzen. [...] Operativ relevant hierbei ist die Tatsache, daß zum Personal der Stiftung eine Reihe feindlich-negativ und dekadenter Personen gehören, welche sich jeglicher staatlicher und gesellschaftlicher Kontrollen sowie Einflußnahme entziehen wollen. Dessen feindlich negatives Wirken wird nicht nur durch die Leitung der Stiftung geduldet, sondern auch in geeigneter Weise unterstützt. [...] Eine Vielzahl von Veranstaltungen der verschiedensten kirchlichen Organisationen und Werke belegen eindeutig die Versuche, die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung, das Vertrauen in die Staatsmacht der DDR infrage zu stellen und darüber hinaus die Grundlagen unserer Gesellschaft und des sozialistischen Staates anzugreifen.“

Diese »Einschätzung« der Tagungsarbeit der Stiftung durch das Ministerium für Staatssicherheit lässt deutlich erkennen, worum es diesen Leuten ging und auf welchem geistigen Niveau sie sich bewegten. Gesagt sei aber dazu noch, dass aus meiner Sicht die Begegnungs- und Tagungsarbeit in der Stephanus-Stiftung in Zeiten kontroverser politischer Situationen wesentlich zum besseren gegenseitigen Verständnis geholfen hat. Nach dem Fall der Mauer erwies sich dies als Vorteil. An vielen Stellen gab es eine größere Bereitschaft, offen miteinander zu reden und umzugehen.

Nach der Wende veränderte sich die Tagungsarbeit. Viele Tagungen fanden jetzt an anderer Stelle statt. Die Ost-West-Begegnungen hatten sich überholt. Es kamen jetzt neue Gruppen in die Stiftung wie zum Beispiel Amnesty International, Aktion Mensch, der Heilpädagogische Fernunterricht und das Seelsorgeseminar. Weiterbildungskurse für Steuerberater, Ökotoxikologen und Ärzte aus den neuen Bundesländern wurden hier durchgeführt. Berlin-Besucher nutzten die Übernachtungsmöglichkeiten.

Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten und der finanziellen Entwicklungen war eine kostendeckende Arbeit aber nicht mehr möglich. Bauliche Auflagen verursachten einerseits erhebliche Kosten, andererseits führten sie zur Verringerung der Kapazität. So war die Stephanus-Stiftung aus steuerrechtlichen Gründen gezwungen, zum 31. Dezember 2000 die Tagungsarbeit einzustellen.

Am 1. April 2003 hat die Werkstatt Weißensee der Diakonie-Werkstätten Berlin gGmbH den Tagungs- und Beherbergungsbetrieb im Heimbereich Am Weissen See wieder aufgenommen. Menschen mit Behinderungen erhielten hier einen interessanten und verantwortungsvollen Arbeitsplatz.

Wir verstanden die Tagungsarbeit stets als selbstverständliche Integration zwischen unterschiedlichen Menschen und Gruppen. So hatten Honoratioren, Referenten, Synodale und die vielen anderen Gäste stets Kontakt mit Bewohnerinnen und Bewohnern. Man begegnete sich auf dem Gelände, es wurde miteinander geredet, gemeinsam zu Mittag gegessen. Diakonie braucht Nähe - die Tagungsarbeit hat diese Nähe geschaffen.

Pastor Werner Braune  
Direktor der Stephanus-Stiftung 1979 - 2001, Berlin